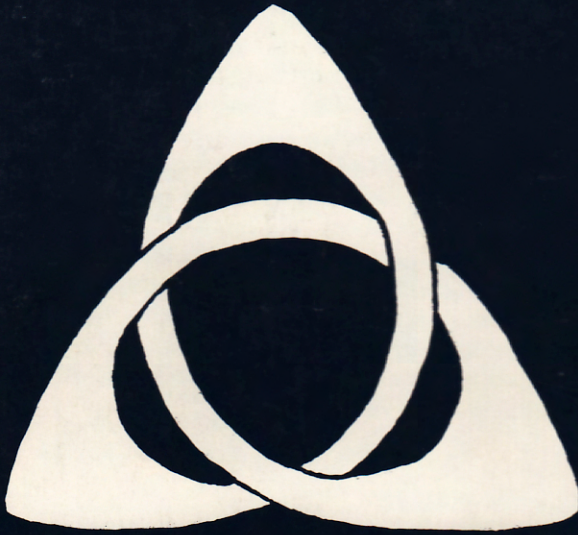


N 20587 F

Fragen der Freiheit



ARBEITSLOSIGKEIT

Mai/Juni 1983
Heft 162

Das Rezept von Wörgl für die Krise von heute?

Dieter Suhr

I. Grundlegende Unterschiede zwischen damals und heute

Heute haben wir Inflation. Damals herrschte Deflation. Die Kaufkraft des Geldes wuchs. Wer sein Geld zurückhielt («hortete»), machte Gewinne. Deshalb sollten dem Geld Beine gemacht werden durch Bestandhalterkosten für Liquidität («Umlaufsicherung»).

Heute schwindet die Kaufkraft des Geldes. Wer sein Geld zurückhält, macht Verluste. Heute bleiben kaum Banknoten zu lange in der Kasse, kaum Sichtguthaben unnötig groß. So lange das Zuckerbrot der Zinsen lockt und die Peitsche der Inflation droht, ist Hortung kein nennenswertes Problem. Schwankungen im Geldstrom, die aus zu- oder abnehmender Kassehaltung resultieren, werden in die Geldmengensteuerung der Zentralbanken miteingerechnet, soweit sie erwartbar sind, oder geldmengenpolitisch kompensiert, soweit sie wahrgenommen und für relevant erachtet werden. Das mag sich mehr oder weniger schlagartig ändern, aber die Symptome der Deflation sind zur Zeit nicht akut. Allem Anschein nach ist also das Rezept von Wörgl alles andere, nur nicht ein Rezept für die Krise von heute.

II. Die Krise von heute – ein Recycling-Problem

Die Krise von heute wurde vorzüglich prognostiziert. Sie ist von der Art, wie man sie für Volkswirtschaften, die in den Wohlstand und Reichtum kommen, nach allen Regeln der Volkswirtschaftslehre erwarten muß. Sie ist struktureller Art. Seit Keynes' »General Theory« kennen wir (unberührt von den Vorbehalten gegenüber dem »Keynesianismus« im übrigen) die Gründe für den langfristigen Rückgang der wirksamen Nachfrage und die damit verbundene Arbeitslosigkeit sehr genau: Mehr Geld strömt durch Kassen mit weniger Bedarf, und ohne Bedarf keine Nachfrage. Bevor das Geld, das in die vollen Kassen ohne Bedarf fließt, wieder andernorts einem Bedarf zur Nachfrage verhilft, muß es in die leeren Kassen umgeleitet werden, deren Besitzer zwar durchaus noch Bedarf nach Konsum- oder Investitionsgütern haben, aber kein Geld.

Diese Transfers auf Zeit aus den vollen Kassen ohne Bedarf in die leeren Kassen mit Bedarf verursachen Transaktionskosten im monetären Bereich, und zwar vor allem in Gestalt der Zinsen, die für den Liquiditätstransfer pro Zeiteinheit gezahlt werden müssen. Statt von Transaktionskosten könnte man auch von den Kosten des Recycling der Gelder ohne Bedarf zum Bedarf hin sprechen.

Die Transaktions- bzw. Recyclingkosten, die in Form der Zinsen anfallen, fließen ausgerechnet aus den schon vorher leeren Kassen, in denen ohnehin das Geld zum Bedarf fehlte, in die schon vorher vollen Kassen, in denen ohnehin mehr Geld war als Bedarf bei ihren Besitzern. Also handelt es sich um Kosten, die das Transfer- bzw. Recyclingproblem vergrößern, bei dessen Bewältigung sie anfallen: eine verhängnisvolle positive Rückkoppelung in der Recycling-Schleife des Rücktransfers der Gelder aus den vollen Kassen ohne Bedarf in die leeren Kassen mit Bedarf.

III. Hemmende bis prohibitive Recycling-Kosten

Die Zinsen als Transaktionskosten bremsen die monetären Transaktionen, bei denen sie anfallen. Können die Transaktionskosten nicht mehr aufgebracht werden, verhindern sie die Transaktionen. Je höher die Quote dieser monetären Transaktionskosten innerhalb einer Volkswirtschaft, desto schärfer wirken die Bremsen. Bei uns sind die Zinsströme (nicht die Zinssätze!) in den vergangenen 30 Jahren im langfristigen Mittel beharrlich und überproportional gestiegen: schneller als Löhne, Preise und Arbeitslosenzahlen. Kein Wunder also, daß die Bremsen immer zuverlässiger greifen.

Der nach wie vor vorhandene Bedarf nach Konsum- und Investitionsgütern des privaten und des öffentlichen Bereichs kommt immer schwerer zu dem Geld, das ihm zur Nachfrage verhelfen könnte; denn dieses Geld strömt mehr und mehr in die falschen, nämlich in die ohnehin vollen Kassen ohne Bedarf. So fällt mögliche Nachfrage aus. So wird Arbeitslosigkeit produziert. So ist unsere Wirtschaft durch ihre Geldordnung zuverlässig auf strukturelle Arbeitslosigkeit vorprogrammiert.

IV. Wirtschaftspolitische Sackgassen

Die Nachfrage geht nur dann nicht zurück, wenn durch wirtschaftliches Wachstum mit entsprechender Vergrößerung des Geldstromes dort, wo er noch direkt durch relativ leere Kassen mit Bedarf fließt, ein Ausgleich geschaffen wird. So sind wir nicht nur auf Arbeitslosigkeit vorprogrammiert, sondern, um ihrer Vermeidung willen, zu pathologischem Wachstum verurteilt.

Findet das Wachstum nicht mehr statt, dann gibt es zunächst nur zwei direkte Ansatzpunkte für die Therapie am Symptom:

Entweder wird, erstens, mit staatlichem Zwang das Geld, das in die vollen Kassen ohne Bedarf strömt, weggesteuert und über den Fiskus wieder in leere Kassen mit Bedarf geleitet, und zwar endgültig und ohne Verursachung der verhängnisvollen Recyclingkosten in Form der Zinsen. Das ist ein Zwangsweg, der aus verschiedenen Gründen so gut wie nicht praktikabel erscheint.

Oder, zweitens, die überschüssige Liquidität in den vollen Kassen ohne Bedarf wird mit marktwirtschaftlichen Mitteln, also mit Hilfe von Krediten, zeitweilig in die leeren Kassen mit Bedarf zurücktransferiert. Auch das kann auf die Dauer nicht gut gehen: weder »nachfrageorientiert« mit Krediten für privaten oder öffentlichen Verbrauch (denn bald würde dann nichts mehr verbraucht, weil die Konsumenten nur noch Zinsen zu zahlen hätten); noch »angebotsorientiert« mit Krediten für Investitionen, mit denen die Wirtschaft nicht bedürfnisorientiert »angezogen«, sondern angebotsorientiert »angeschoben« würde (ein jedenfalls langfristig ebenfalls untauglicher Weg, weil diese Wirtschaftspolitik ihre Rechnung ohne die Bedürfnisse der Menschen macht und den verhängnisvollen Kreis der positiv rückgekoppelten Recycling-Schleife nicht durchbricht). Es scheint also keinen Ausweg aus der Krise zu geben: auf lange Sicht nichts als wirtschaftspolitische Sackgassen.

V. Vom Behandeln der Symptome zur Beseitigung der Ursachen

Schaut man nicht nur auf die Symptome, sondern geht man den Ursachen nach, eröffnen sich jedoch unerwartete Perspektiven und Möglichkeiten: Was sind das für Geldströme, die in die vollen Kassen ohne Bedarf fließen und das Problem vergrößern, bei dessen Lösung sie anfallen? Es sind die Zinsen (und der Zinsanteil in Realkapitalerträgen). Die Zinsen wiederum sind im wesentlichen »Liquiditätsprämien«: legale Gegenleistungen für die zeitweilige Überlassung von Liquidität. Genauer handelt es sich bei den Zinsen um Gegenleistungen für die Vorteile, die die Liquidität ihrem Inhaber über das bloße Haben von Vermögensgegenständen hinaus bietet. Hier also, bei den Vorteilen, die die Liquidität ihrem Inhaber bietet, muß die Therapie ansetzen, wenn sie bei der Ursache greifen soll.

Die Liquiditätsvorteile, die das Geld bietet, sind eine kostenlose Zugabe, die die Geldordnung dem Geldbesitzer zum Nennwert hinzugibt: ein monetäres Geschenk der Geldwirtschaft an den Geldbesitzer. Daraus kann jeder, der sein Geld nicht zum Leben braucht, sondern es übrig hat, Kapital schlagen. Würde diese kostenlose monetäre Zugabe zum Nennwert des Geldes beseitigt, also das monetäre Geschenk nicht länger unter diejenigen kostenlos verteilt, die Geld übrig haben und es anlegen können, dann entfielen die eigentliche Ursache des Zinses, also auch der Zins und mit ihm jene Folgen, die zum vorprogrammierten Nachfrageausfall mit Arbeitslosigkeit und pathologischem Wachstumswang führen.

Wie aber kann man den Liquiditätsvorteil beseitigen, ohne dem Geld seine ureigene monetäre Liquidität zu nehmen?: Indem man dem Geld seine Liquiditätseigenschaft beläßt und nur die wirtschaftlichen Vorteile, die daraus hervorgehen, mit Hilfe einer Liquiditätsvorteils-Ausgleichsabgabe abschöpft und

kompensiert. Diese Ausgleichsabgabe auf Liquidität läuft, wirtschaftlich betrachtet, auf Durchhalte- bzw. Bestandhaltekosten auf Liquidität hinaus.

IV. Das Rezept von Wörgl doch als Therapie für die Krise von heute?

Geldtechnisch lassen sich die wirtschaftlichen Vorteile, die aus den Liquiditätsvorteilen hervorgehen, abschöpfen, indem die Geldscheine kostenpflichtig mit Gebührenmarken beklebt oder abgestempelt werden. Also doch das Rezept von Wörgl? Ja, aber auch die Empfehlung von John Maynard Keynes, nämlich die keynesianische Alternative zum Keynesianismus: »Jene Reformer« (gemeint sind Silvio Gesell und N.A.L.J. Johannsen), »die in der Erzeugung künstlicher Durchhaltekosten des Geldes ein Heilmittel gesucht haben, zum Beispiel durch das Erfordernis periodischer Abstempelung der gesetzlichen Zahlungsmittel zu vorgeschriebenen Gebühren, sind somit auf der richtigen Spur gewesen; und der praktische Wert ihrer Vorschläge verdient diskutiert zu werden.«

Während es jedoch in Wörgl direkt und unmittelbar um die Umlaufsicherung zu Zeiten einer Deflation ging, kommt es heute darauf an, die dysfunktionalen, kontraproduktiven und sich in positiver Rückkopplung exponentiell hochschaukelnden Zinsströme zu kupieren, die ausgerechnet aus den ohnehin fast leeren Kassen mit Bedarf in die ohnehin zu vollen Kassen ohne Bedarf fließen. Die Umlaufsicherung, die mit den Durchhaltekosten auf Liquidität verbunden ist, erscheint also heute nur als das willkommene Nebenprodukt einer anders motivierten und anders legitimierten, ordnungspolitisch grundlegenden Sanierung der Wirtschaft von der Geldordnung her.

Man könnte freilich auch sagen: Der sanfte Umlaufdruck, den die Durchhaltekosten bewirken, drückt auf die Zinsen, so daß die Senkung des Zinsfußes eine direkte Folge der Umlaufsicherung sei. Jedenfalls zielen heute das Motiv und die Legitimation der Maßnahme darauf, die absurden Fehlallokationen zu beenden, die die Zinsen (und der Zinsanteil von Kapitalrenten) in der Volkswirtschaft auslösen. Dafür, daß mit den Zinsen zugleich auch der Zinsanteil von anderen Renten aus (vermehrbaaren) Realkapitalien erfaßt wird, sorgt das Gesetz, wonach (in erster Annäherung) der Grenznutzen des Geldkapitals den Maßstab für die Mindestrentabilität von Realkapitalien setzt: Wird der Zins heruntergefahren, sinkt auch die Rendite von Realkapitalien, so daß auch dieser Geldstrom in typisch volle Kassen ohne Bedarf sich verringert.

VII. Monetäre Techniken

Zu der monetären Technik der Durchhaltekosten auf Liquidität, die in Wörgl praktiziert wurde, bieten sich heute weitere Möglichkeiten an: Es

würde genügen, die größeren Banknoten über DM 100 oder DM 500 und höher gebührenpflichtig zu bekleben oder zu bestempeln (sowie ihre Annahme auf alle Schulden, die gleich hoch oder höher sind als der kleinste, mit Durchhaltekosten belastete Geldschein, gesetzlich zur Pflicht zu machen). Ebenso würde es genügen, wenn ein Teil des umlaufenden Geldes durch Buchgeld ersetzt würde, das die Notenbank zur Verfügung stellt und von ihr mit Durchhaltekosten belastet wird, die von den Konten abgebucht werden können wie Gebühren und Zinsen (wobei wiederum einige weitere gesetzliche Vorkehrungen bezüglich des gesetzlichen Zahlungsmittels getroffen werden müßten). Dann würde im ersten wie im zweiten Fall das Greshamsche Gesetz dafür sorgen, daß sich das für den Kassehalter »schlechtere« (nämlich mit Durchhaltekosten belastete) Geld am Markt als Zahlungsmittel durchsetzt, so daß sich die Zinsen bei Kreditgeschäften nach der keynes'schen Formel richten: »Zins = Liquiditätsvorteil – Durchhaltekosten.« Danach stünden den öffentlichen und privaten Kassen mit Konsum- und Investitionsbedarf billigere und kostenlose Kredite zur Verfügung.

Welche Auswirkungen dies und die Einführung von Durchhaltekosten auf Liquidität überhaupt auf die Volkswirtschaft und auf das Gemeinwesen hat, mag jeder sich selbst ausmalen und abschätzen. Bei den professionellen Geldtheoretikern, *Irving Fisher* und *John Maynard Keynes* ausgenommen, findet er dazu freilich keinerlei Anregungen: Es handelt sich nämlich um ein monetäres Gelände, das die professionellen Ökonomen sorgfältig zu meiden scheinen.

VIII. Währungstheoretischer Hintergrund

Anders als bei den Maßeinheiten »Meter« oder »Kilogramm« wird die *Währungseinheit* nicht unabhängig von der praktischen Anwendung der Einheit definiert. Sie ergibt sich vielmehr aus und bei der Verwendung des Geldes, das auf die Währungseinheit lautet, im *Wirtschaftsprozess*. Die Währungseinheit E ist also durch eine zirkuläre Funktion des Gebrauchs G von eben dem Geld definiert, das in der Währungseinheit gestückelt ist:

$$(1) \quad E = f(G)$$

In Worten: Die tatsächliche Einheit von Kaufkraft der Währung ist eine Funktion des Gebrauchs des Zahlungsmittels, das auf diese Einheit lautet. So einfach bleibt die Sache jedoch nicht. Geld wird nämlich in wenigstens zweierlei grundverschiedenen, einander voraussetzenden, aber auch ausschließenden Weisen verwendet: einerseits Tauschmittelgebrauch T und andererseits Liquiditätsmittelgebrauch L . Also kann die Währungsgrundfunktion (1) auch geschrieben werden wie folgt:

$$(2) \quad E = f(T, L)$$

Tatsächlich kommen in der monetären Wirklichkeit folgende verschiedene funktionale Verknüpfungen, also Aufspaltungen der Funktion (2) vor:

$$(3) \quad E' = f'(T) \quad \text{(Die Währungseinheit ist eine Funktion des Gebrauchs von Geld als Tauschmittel.)}$$

$$(4) \quad E'' = f'(L) \quad \text{(Die Währungseinheit ist eine Funktion des Gebrauchs von Geld als Liquiditätsmittel)}$$

Nimmt man einmal an, E' sei stabil im Sinne einer »stabilen Währung«, dann hat die Ableitung der Funktion $f'(T)$ nach der Zeit den Wert 0. Tatsächlich kommt jedoch außerdem bei stabiler Währungseinheit E' in der Wirtschaft eine Ableitung der allgemeinen Währungsfunktion $E = f(G)$ nach der Zeit vor, die nicht den Wert 0 ergibt, sondern einen positiven Wert: nämlich jene Funktion, die den wirtschaftlichen Nutzen von Geld angibt, das als Liquiditätsmittel verwendet wird. Das ist die Funktion (4). Wenn aber die Ableitung der Funktion $E'' = f'(L)$ nicht den Wert 0, sondern eine positive Änderungsgeschwindigkeit ergibt, so bedeutet das: E'' dehnt sich aus, und zwar relativ zu E' und gemessen in E' .

Wir haben also ein Geld mit einer *zweispältigen Währungsgrundfunktion*, das uns eine *gespaltene Währung* beschert derart, daß bei stabiler Tauscheinheit die Liquiditätseinheit anschwillt. So ergibt sich eine *monetäre Schere* zwischen der Kaufkraft von ausgegebenem Geld einerseits und angelegtem Geld andererseits. Um die Währung zu »stabilisieren«, genügt es also nicht, E' konstant zu halten. Vielmehr muß man E' und E'' zunächst vor allem »*unitarisieren*«, damit es in der wirtschaftlichen Wirklichkeit keine Ableitung der allgemeinen Währungsgrundfunktion nach der Zeit mehr gibt, der eine veränderliche Währungseinheit zugrunde liegt. Die Ableitung der Funktion (4), nämlich $f'(L)$, die eine funktionale Komponente der allgemeinen Währungsfunktion darstellt, nach der Zeit ergibt faktisch jedenfalls dann den Wert 0, wenn der Gebrauch von Geld als Liquiditätsmittel keinen positiven oder negativen wirtschaftlichen Vorteil, gemessen in E' pro Zeiteinheit, mehr mit sich führt. Das ist wiederum jedenfalls genau dann der Fall, wenn die wirtschaftlichen Vorteile des Gebrauchs von Geld als Liquiditätsmittel durch die Liquiditätsvorteils-Ausgleichsabgabe abgeschöpft werden.